

VERFAHRENSHINWEISE

zum Vergabeverfahren

„Beschaffung eines Stahlgittermastes inkl. Montage“

AUFTRAGGEBERIN

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Tramper Chaussee 9
16225 Eberswalde

(im Folgenden auch „AG“)

VERFAHRENSART

Öffentliche Ausschreibung
gemäß § 9 UVgO

Allgemeines

Der Landesbetrieb Forst Brandenburg wurde 2009 gegründet. Die Aufgaben des Landesbetriebes Forst Brandenburg bestehen darin, die Waldressourcen nachhaltig zu nutzen, den Wald zu bewirtschaften sowie vor Gefahren zu schützen und die reizvollen Waldlandschaften für den aktiven Naturgenuss zu ermöglichen. Mit der Strukturänderung des Landesbetriebes Forst Brandenburg befindet sich die Betriebszentrale mit Sitz in Eberswalde, Tramper Chaussee 9.

Hintergrund

Der Landesbetrieb Forst Brandenburg ist öffentlicher Auftraggeber. Im Rahmen des Betriebes ist eine Vielzahl von Aufträgen zu vergeben. Überwiegend handelt es sich dabei um Bau,- Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Ober- und Unterschwellenbereich.

Angaben zum Verfahrensgegenstand und zu den Bedingungen, Verfahrenshinweise und weitere Angaben zum Verfahren

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Auftraggeber (AG)/ Vergabestelle

**Landesbetrieb Forst Brandenburg
Tramper Chaussee 9
16225 Eberswalde**

I.2) Fachabteilung Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde (LFE) Fachbereich Waldökologie und Monitoring

1. Registrierung interessierter Unternehmen, Aktualisierung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen ausschließlich unter der in der Bekanntmachung angegebenen Adresse über die Plattform **Vergabemarktplatz Brandenburg (VMP)**, nachfolgend „Vergabeplattform“ zum Download bereit.

Die Verfahrenskommunikation wird ausschließlich elektronisch über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform abgewickelt. Es obliegt den interessierten Unternehmen, sich frühzeitig nach Kenntnisnahme der

Bekanntmachung auf der Vergabeplattform freizuschalten und auf der Vergabeplattform kostenfrei zwecks Einreichung von Angeboten und zwecks Kommunikation mit der Vergabestelle zu registrieren.

Die Registrierung muss mindestens die eindeutige Bezeichnung des Unternehmens, einen bevollmächtigten Ansprechpartner und eine aktive E-Mail-Adresse, unter der das Unternehmen durchgehend erreichbar ist, enthalten.

Zusätzliche Hinweise, Erläuterungen oder Antworten auf Bieterfragen wird der Auftraggeber elektronisch über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform bereitstellen. Es obliegt den interessierten Unternehmen/Bietern, die bereitgestellten Vergabeunterlagen (siehe Bekanntmachung) auf etwaige Aktualisierungen zu überprüfen.

2. Fragen und Auskunftersuchen

Fragen und Auskunftersuchen um zusätzliche Informationen zu den Vergabeunterlagen oder zum laufenden Verfahren sind unter Berücksichtigung der Frage- und Auskunftsfrist (siehe Ziffer II.1.2 Zeitplan) elektronisch über die Vergabeplattform unter Nutzung der Funktion „Kommunikation“ an die Vergabestelle bzw. Kontaktstelle zu richten.

Fragen der Bieter und Auskunftersuchen um zusätzliche Informationen zu den Vergabeunterlagen oder zum laufenden Verfahren sowie sonstige relevante Hinweise wird die Vergabestelle innerhalb einer angemessenen Frist über die Vergabeplattform beantworten bzw. bekanntgeben. Der Auftraggeber behält sich vor, auch verspätete Fragen bzw. Auskunftersuchen noch zu beantworten; ein Anspruch der Bieter hierauf besteht jedoch nicht, es sei denn, es handelt sich um verfahrensrelevante Fragen. Im Falle einer Verlängerung der Bewerbungsfrist bleibt der ursprünglich festgelegte Ablauf der Frage- und Auskunftsfrist (ohne Berücksichtigung der Verlängerung) maßgeblich, soweit die Frage- und Auskunftsfrist nicht ausdrücklich ebenfalls verlängert wird.

Antworten bzw. zusätzliche Informationen (soweit vorhanden) auf rechtzeitig eingegangene Fragen bzw. Auskunftersuchen, wird der Auftraggeber in der Regel (sofern erforderlich) auf transparente und gleichbehandelnde Weise über die Vergabeplattform allen registrierten Unternehmen/Bietern zur Verfügung stellen. Die Bieter haben bei der Formulierung der Fragen bzw. Auskunftersuche darauf zu achten, dass darin oder in der absehbaren Antwort keine vertraulichen Informationen enthalten sind. Andernfalls haben die Bieter auf vertrauliche Informationen gesondert hinzuweisen.

Abschnitt II: Verfahren**II.1.1) Verfahrensart**

Die Leistungen wird als Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO vergeben.

Ziel des Vergabeverfahrens ist der Abschluss eines Vertrages mit dem Bieter, der aufgrund seines Angebotes im Rahmen der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien und deren Gewichtung die bestmögliche Leistung erwarten lässt. Die Vergabeentscheidung erfolgt auf Grundlage eines zuschlagsfähigen, d.h. in jeder Hinsicht vollständigen und wertungsfähigen Angebotes.

II.1.2) Zeitplan

Frist für die Abgabe der Angebote ist der **16.04.2026; 11 Uhr**. Es zählt der Zeitpunkt des Eingangs des Angebotes in elektronischer Form auf der Vergabeplattform VMP.

Es ist folgender Zeitplan für das Vergabeverfahren vorgesehen:

1.	Bekanntmachung	17.03.2026
2.	Frage- und Auskunftsfrist	08.04.2026
3.	Ablauf der Frist zur Einreichung des Angebotes	17.04.2026, 10 Uhr
4.	Prüfung und Auswertung der Angebote	20.04.2026 – 29.04.2026
5.	Zuschlagserteilung	30.04.2026
6.	Bindefrist	30.04.2026
7.	Vertragsbeginn	04.05.2026

Änderungen des Zeitplans bleiben vorbehalten.

II.1.3) Verfahrens- und Projektsprache

Die Verfahrens-, Projektsprache ist **Deutsch**. Sämtliche Schriftstücke sind daher in deutscher Sprache zu verfassen.

Einem Schriftstück, das in einer fremden Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Dolmetscher oder Übersetzer angefertigte Übersetzung beizufügen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Gewährleistung der Richtigkeit der Übersetzung, eine amtlich beglaubigte Übersetzung bzw. Übersetzung durch einen staatlich beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer nachzufordern.

II.1.4) Vergabe- und Vertragsunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus folgenden vollständig abrufbaren Unterlagen:

Nr.	Unterlage/Inhalt	Bezeichnung	zum Verbleib beim Bieter	mit dem Angebot einzureichen
1.	Verfahrenshinweise	A	X	
2.	Leistungsbeschreibung inkl. Anlage B1	B	X	
3.	Leistungsverzeichnis / Preisblatt	C		X
4.	Bewertungsmatrix	D	X	
5.	Gesamtkonzept zum Vorhaben inkl. Projektpläne je Leistungsphase	E		X
6.	3.2 Information nach EU-Datenschutz-Grundverordnung	F	X	
7.	3.3 Angebotsschreiben	G		X
8.	4.1 Eigenerklärung Ausschlussgründe	H		X
9.	4.2 Bewerber- und Bietergemeinschaftserklärung	I		(X)
10.	4.3 Erklärung Unteraufträge Eignungsleihe	J		(X)
11.	4.4 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen	K		(X)
12.	5.1 Ergänzende Vergabebedingung BbgVergG	L	X	
13.	5.2 Vertragsbedingungen Lohnleit- und Preisanpassungsklausel	M	X	
14.	5.3 Vereinbarung Mindestanforderung BbgVergG	N		X
15.	5.4 Vereinbarung Mindestanforderung Nachunternehmer Verleiher BbgVergG	O		(X)
16.	Erklärung Eignungskriterien	P		X
17.	Erklärung Qualitätskriterien	Q		X
18.	Allgemeine Vertragsbedingungen	R	X	
19.	Zusätzliche Vertragsbedingungen des Landes Bbg	S	X	
20.	Bewerbungsbedingungen	T	X	

X = zwingend erforderlich / (X) = falls erforderlich

Die den Bietern im Verlauf dieses Vergabeverfahrens erteilten weiteren Informationen (Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen) sind bei der Erstellung des Angebots ebenso wie diese Vergabeunterlagen zugrunde zu legen. Soweit die Antworten, sonstigen Hinweise sowie weitere Unterlagen diese Vergabeunterlagen präzisieren, ergänzen oder abändern, gehen diese Antworten, Hinweise sowie Unterlagen diesen Vergabeunterlagen vor.

Abschnitt III: Eignung

Geeignet sind nur solche Unternehmen, die zuverlässig sind und die im Folgenden beschriebenen Eignungskriterien kumulativ erfüllen.

III.1 Eignungskriterien

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und/oder Handelsregister (nicht älter als sechs Monate). Bei juristischen Personen muss aus dem Register der Unternehmensgegenstand hervorgehen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1) Die Bieter/ Bietergemeinschaften müssen über einen Mindestumsatz verfügen.

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): Erklärung über den durchschnittlichen Jahresumsatz des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft in den letzten drei Jahren (2023-2025) (**Anlage P**).

Folgendes Kriterium muss zwingend erfüllt sein: Der durchschnittliche Netto-Jahresgesamtumsatz des Unternehmens über die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mindestens 100.000,00 EUR netto betragen. Im Falle einer **Bietergemeinschaft** muss jedes Unternehmen den vorgenannten Mindestumsatz aufweisen. Eine Unterschreitung des Mindestumsatzes führt zum Ausschluss des Verfahrens.

Soweit eine Beteiligung als **Bietergemeinschaft** vorgesehen ist, sind für jedes Mitglied Umsatzerklärungen nach Ziffer 1 (**Anlage P**) vorzulegen.

Im Falle der **Eignungsleihe** sind auch von den namentlich zu benennenden Dritten/Nachunternehmern/konzernverbundenen Unternehmen die Umsatzerklärungen nach Ziffer 1 (**Anlage P**) vorzulegen.

2) Die Bieter/ Bietergemeinschaften müssen über ausreichenden Versicherungsschutz verfügen.

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): **Nachweis** einer Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung bzw. Projektversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden **bzw. Erklärung**, diese Versicherung mit den angegebenen Deckungssummen im Falle der Beauftragung abzuschließen.

Die Höhe der Deckungssumme muss für Sachschäden pro Schadensereignis bei 500.000 EUR und bei Personenschäden 2 Mio. liegen. Der Versicherungsnachweis ist spätestens bei Auftragserteilung zu führen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): **Unternehmensreferenzen (Anlage P)**

Kurzbeschreibung von mindestens **drei** verschiedenen Referenzaufträgen des Bieters, die mit den geforderten Leistungen der AG vergleichbar sind (s. Anlage B, Leistungsbeschreibung). Der Bieter nummeriert die Referenzaufträge entsprechend einer von ihm vorzunehmenden Priorisierung.

Vorgaben:

- Die Angaben zu den Referenzen ist zwingend unter Verwendung der in Anlage P der Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Referenzbögen vorzunehmen.

Die Referenzaufträge müssen folgende Mindestanforderungen zur Eignung erfüllen:

Voraussetzung für alle Referenzaufträge: Die Referenzaufträge wurden in dem Zeitraum 2023-2025 vollständig oder weit überwiegend erbracht.

Im Falle noch nicht vollständig erbrachter Referenzaufträge sind die erbrachten Leistungsbestandteile und deren Volumen gemessen am Gesamtauftragswert zu benennen (unter Punkt 2.5 der Anlage P).

Inhaltlich

- a) Mindestens zwei Referenzaufträge wurden für einen Öffentlichen Auftraggeber erbracht.
- b) Ein Referenzauftrag kann für ein anderes Wirtschaftsunternehmen erbracht worden sein.

Alle inhaltlichen Kriterien müssen mit drei Referenzaufträgen abgedeckt sein. Demnach ist es nicht erforderlich, dass jeder Referenzauftrag jeweils alle inhaltlichen Kriterien einbezieht. Es genügt vielmehr, dass die Kriterien in Summe durch drei Referenzaufträge abgedeckt werden.

Die Nichterfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

- 1) Die Bieter/ Bietergemeinschaften müssen grundsätzlich über ausreichende personelle Kapazitäten verfügen.

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): **Erklärung zu Mitarbeiterzahlen in den letzten drei Jahren (Anlage P)**

Erklärung zum jährlichen Mittel der von dem Bieter fest beschäftigten Mitarbeiter in den letzten drei Jahren (2023-2025) unter gesonderter Angabe von Projektleitung/-koordination und geschultem Personal.

Die Bieter/ Bietergemeinschaften müssen während der Vertragslaufzeit durchgehend über ausreichende personelle Kapazitäten verfügen.

Hinweise für Bietergemeinschaften und Eignungsleihe:

Die angegebenen Referenzaufträge sowie alle übrigen geforderten Eignungsnachweise von Dritten/Nachunternehmern/konzernverbundenen Unternehmen werden zum Zwecke der Bieterauswahl **nur** im Fall einer Eignungsleihe berücksichtigt. Für diesen Fall hat der Bieter darauf in seinem Angebot hinzuweisen, indem er das dafür vorgesehene Formblatt ordnungsgemäß ausfüllt und die betreffenden Referenzen in der dafür vorgesehenen Tabelle in der von ihm zu bestimmenden Reihenfolge angibt (**Anlage J**).

Weitere Hinweise für Bietergemeinschaften:

Bei Angeboten von Bietergemeinschaften, die sich im Auftragsfall zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen wollen, sind im Angebot die Mitglieder der Gemeinschaft und das geschäftsführende Mitglied zu benennen.

Mit dem Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben, dass das geschäftsführende Mitglied als bevollmächtigter Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen anzunehmen, sowie dass jedes Gemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet (siehe Anlage I). Die Mitglieder der Bietergemeinschaft sind verpflichtet, die geforderten Erklärungen und Nachweise jeweils für die zur Verfügung gestellten Leistungen und Kapazitäten im Rahmen der Eignungsleihe zu erbringen. Die Belege für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

Weitere Hinweise für Unteraufträge / Eignungsleihe:

V.3.1) Bieter/Bietergemeinschaften, die beabsichtigen, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an dritte Unternehmen zu vergeben, haben mit dem Angebot diese Auftragsteile konkret zu benennen (Anlage J).

V.3.2) Bieter/Bietergemeinschaften, deren Angebote in die engere Wahl kommen, haben zudem auf Anforderung des Auftraggebers folgende Unterlagen einzureichen:

- Benennung der dritten Unternehmen und deren Zuordnung zu den mit dem Angebot benannten Teilen des Auftrages, die im Wege der Unterauftragsvergabe (Anlage J) vergeben werden sollen,
- Erklärung jedes benannten dritten Unternehmens über Ausschlussgründe nach Anlage H / Dokument 4.1 Eigenerklärung Ausschlussgründe,
- Nachweis, dass den Bietern/Bietergemeinschaften die Kapazitäten jedes benannten dritten Unternehmens im Auftragsfall tatsächlich zur Verfügung stünden, etwa entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser dritten Unternehmen (Anlage K).

Bieter/Bietergemeinschaften, die zugleich beabsichtigen, sich im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von dritten Unternehmen zu berufen (Eignungsleihe), haben bereits mit dem Angebot die vorstehenden Angaben zu machen und die vorstehenden Unterlagen einzureichen. Darüber hinaus sind bezogen auf diese

dritten Unternehmen diejenigen Eignungskriterien konkret zu benennen, für deren Erfüllung ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen (Anlage J). Des Weiteren ist die Erfüllung der benannten Eignungskriterien mit den jeweils unter III.1.1-1.3 festgelegten Nachweisen der dritten Unternehmen zu belegen, die mit dem Angebot einzureichen sind.

IV.1) Qualitätskriterien

*Bewertet wird das vom AN eingereichte Gesamtkonzept inkl. Projekt- und Zeitplanung, das Projektteam und die Berufserfahrung sowie die Referenzen des*der benannten projektverantwortlichen Ingenieurs*in sowie der Gesamtpreis.*

(siehe **Anlage D Bewertungsmatrix**).

IV.2) Gesamtkonzept inkl. Projektplanung

IV.2.1) Anforderungen an das einzureichende Konzept

Es ist ein Gesamtkonzept zur Umsetzung des Projektes, unterteilt in den einzelnen Leistungsphasen inklusive dem entsprechenden Projektplan je Leistungsphase einzureichen. Es muss erkennbar sein, dass die einzelnen Leistungsphasen im Ablauf strukturiert und schlüssig sind.

Das Gesamtkonzept soll Aufschluss hinsichtlich der Planung und der Abläufe (Workflow) geben sowie über die Einbindung der AG in die Arbeitsprozesse.

Wichtig ist, dass bei der Erstellung des Gesamtkonzeptes ein besonderer Augenmerk auf die minimal invasive Errichtung des Mastes eingegangen wird.

Außerdem sind Ausführungen dazu zu machen, welche Mitarbeiter*innen (Funktionsbenennung) für spezifische Aufgaben zur Verfügung stehen.

IV.3) Berufserfahrung Projektteam /

Der AN hat darzulegen, dass er mindestens über 5 Fachkräfte (Montageleiter*in und Festangestellte) und 1 Projektverantwortlichen (Ingenieur*in) zur Durchführung des Auftrags verfügt:

Es müssen mindestens ein Montageleiter*in, fünf Mitarbeiter als Monteure sowie zertifizierter Industrie-Kletterer im Unternehmen angestellt sein.

o Montageleiter und die fünf Angestellte im Team mit entsprechender Qualifikation bzw. Berufserfahrung (Nachweis Lebenslauf / Zeugnisse / Zertifikate),

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): **Erklärung zur Anzahl des Projektteams und der zum Einsatz kommenden Mitarbeiter für die Auftragsdurchführung (Anlage Q) sowie Angaben zur Berufserfahrung und Qualifikation**

IV.4) Referenzprojekte des*der projektverantwortlichen Ingenieur*in

Die Berufserfahrung des*r benannten projektverantwortlichen Ingenieur*in ist durch eine tabellarische Auflistung verantwortlich betreuter Referenzprojekte aufzuzeigen.

Im Detail sind die folgenden Angaben zu machen:

- Auftraggeber (bitte mit Angabe der Kontaktperson inklusive E-Mail-Adresse für evtl. Nachfragen)
- Rolle im Projekt / Aufgaben
- Kampagnenname
- Auftragsvolumen
- Dauer des Projekts.

Angabe des Namens und der Qualifikation des/der projektverantwortlichen Ingenieur*in sowie Erbringen eines entsprechenden Nachweises von entsprechenden Zeugniskopien oder Zertifikaten (Kletterer).

Bei dem*r projektverantwortlichen Ingenieur*in muss es sich um eine*n Ingenieur*in mit Berufserfahrung handeln und diese*r muss über eine für diese Funktion ausreichende und nachgewiesene Qualifikation verfügen, wie z.B. ein Studium inkl. Berufserfahrung.

Die Bezeichnung Projektverantwortlicher bezieht sich auf eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in dem entsprechenden Bereich.

- Zwei Projektleiter*innen (Ingenieur*in und Montageleiter*in), davon muss eine*r als Projektverantwortlicher folgende Anforderungen erfüllen:
 - Der*die Ingenieur*in muss über eine ausreichende Qualifikation verfügen und mindestens eine Berufserfahrung von **5 Jahren** aufweisen
 - Der*die Ingenieur*in muss mindestens die Verantwortung nachweisen für **drei Projekte** mit den folgenden Mindestumsätzen:
 - Mindestumsatz von 50.000€ für drei Projekte, das binnen eines Halbjahres fertiggestellt wurde

Nachweis (mit dem Angebot einzureichen): **Erklärung zur Qualifikation des/der projektverantwortlichen Ingenieurs*in inkl. Arbeits- bzw. Projektreferenzen (Anlage Q)**

Abschnitt IV: Inhalte des Angebots; Wertung

Das Angebot muss mindestens aus den folgenden Unterlagen bestehen:

- Anlage G Angebotsanschreiben
- Anlage C Preisblatt
- Anlage H Eigenerklärung Ausschlussgründe
- Versicherungsnachweis (Betriebshaftpflicht)
- Eintragung Berufs-/Handelsregister (soweit vorgeschrieben),
Gewerbeanmeldung oder Präqualifikationsnachweis
- Anlage I Bewerber-Bietergemeinschaft (*falls zutreffend*)
- Anlage J Erklärung Unteraufträge Eignungsleihe (*falls zutreffend*)
- Anlage K Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (*falls zutreffend*)
- Anlage N Vereinbarung Mindestanforderung
- Anlage O Vereinbarung Mindestanforderung Nachunternehmer Verleiher (*falls zutreffend*)
- Anlage P Erklärung Eignungskriterien
- Anlage Q Erklärung Qualitätskriterien

- wertungsrelevante Unterlagen
 - Gesamtkonzept inkl. Projektplanung je Leistungsphase (siehe IV.2)
 - Größe des Projektteams inkl. Berufserfahrung und Qualifikation (siehe IV.3)
 - Qualifikation des Projektverantwortlichen sowie Referenzaufträge projektverantwortliche*r Ingenieur*in (siehe IV.4)

Konkretisierend sind bei der Angebotserstellung folgende Vorgaben zu beachten:

IV.5) Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand der von der Auftraggeberin hier festgelegten Zuschlagskriterien ermittelt:

Bewertet werden der Preis mit **60%** und die Qualität mit **40%**.

IV.5.1) Kriterium der Qualität

Die Qualität des Angebots wird durch die Auswertung des Gesamtkonzepts sowie des Projektteams und der Berufserfahrung der*des projektverantwortlichen Ingenieur*in sowie der Referenzen bewertet. Einzelheiten lassen sich der Bewertungsmatrix (**Anlage D**) entnehmen.

IV.5.2) Kriterium des Preises

Anlage_C_Leistungsverzeichnis / Preisblatt

(siehe Anlage D Bewertungsmatrix)

Abschnitt V: Weitere Angaben

V.1) Zusätzliche Angaben:

1. **Die Bieter/Bietergemeinschaften haben zwingend die vom Auftraggeber vorgegebenen Formblätter für die Erstellung ihres Angebotes zu verwenden.** Die Formblätter und Vergabeunterlagen stehen ausschließlich unter der in der Bekanntmachung angegebenen Adresse zum Download bereit. Angebote, die nicht unter Verwendung der Formblätter abgegeben werden, werden von dem Vergabeverfahren **ausgeschlossen**.
2. Bieter sind gemäß § 311 BGB vorvertraglich verpflichtet, die Vergabeunterlagen vollständig und sorgfältig zu prüfen. Soweit der Bieter im Vergabeverfahren feststellt, dass Vergabeunterlagen fehlerhaft, unklar, lückenhaft oder widersprüchlich sind, muss er den Auftraggeber darüber unverzüglich informieren und für Aufklärung sorgen. Mit der Abgabe des Angebots bestätigt der Bieter, dass er die Vergabeunterlagen der geforderten Prüfung unterzogen hat, dass die Fragen zu den Vergabeunterlagen vollständig beantwortet sind und die Vergabeunterlagen eine ausreichende Grundlage für die Angebotsabgabe bilden.
3. Alle Unterlagen und Informationen, die dem Bieter im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren sowie der etwaigen anschließenden Vertragserfüllung überlassen oder bekannt werden, sind vom Bieter auch nach dem Abschluss des Verfahrens vertraulich zu behandeln. Sie dürfen ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Das vom Bieter beschäftigte

Personal ist zur Geheimhaltung aller personenbezogenen und betrieblichen Daten zu verpflichten, die im Rahmen des gesamten Vergabeverfahrens, bei Angebotsabgabe oder Vertragserfüllung bekannt werden. Jeder Bieter haftet für Schäden, die aus der Weitergabe dieser Daten entstehen, es sei denn, der Bieter weist nach, dass der Schaden weder vorsätzlich noch fahrlässig entstanden ist. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung des Auftraggebers untersagt.

Die Bieter haben die in ihren Angeboten enthaltenen oder sonst im Laufe des Vergabeverfahrens an den Auftraggeber (Vergabestelle) übermittelten Informationen, soweit sie vertraulich sind, bei der Übermittlung deutlich erkennbar als vertraulich zu kennzeichnen. Insbesondere auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse der Bieter ist bei der Übermittlung ausdrücklich hinzuweisen. Mit der Abgabe eines Angebotes erklärt sich der Bieter/die Bietergemeinschaft mit dieser Bestimmung einverstanden.

4. Die Bieter haben unter Beachtung des genannten Schlusstermins das Angebot in **Textform** (§ 126b BGB) **auf elektronischem Weg** über die Vergabeplattform einzureichen. Eine Übermittlung von Angeboten auf andere Weise, z.B. per Post, E-Mail oder Telefax, ist nicht zugelassen und führt zum Ausschluss vom Verfahren.

Zur Abgabe der Angebote ist eine kostenfreie Registrierung auf der Vergabeplattform erforderlich. Die Abgabe der Angebote ist unter Nutzung der gängigen Internet-Browser sowie der über die Vergabeplattform kostenfrei bereitgestellten Software („Bieter-Tool“) möglich. Über das Bieter-Tool werden auch sämtliche Formblätter und Erklärungen der Bieter hochgeladen und gemeinsam mit dem Angebot abgeschickt.

Für eine technische Unterstützung zur Abgabe der Angebote steht der Betreiber der Vergabeplattform zur Verfügung. Informationen und Kontaktdaten finden Sie unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/>.

Soweit die Textform (§ 126b BGB) gewahrt wird, steht es den Bietern frei, die zur Verfügung gestellten Formblätter auszudrucken, auszufüllen, zu unterzeichnen und als elektronische Dokumente (Scan-Kopie im geeigneten Format, zum Beispiel als .pdf-Datei) auf der Vergabeplattform hochzuladen oder die bereitgestellten Dokumente digital auszufüllen, mit dem Namen des oder der Erklärenden zu versehen und als elektronische Dokumente auf der

Vergabeplattform hochzuladen. Das Hochladen erfolgt mithilfe des Bieter-Tools der Vergabeplattform. Inhaltliche Veränderungen an den Formblättern des Auftraggebers dürfen nicht erfolgen.

Soweit die Abgabe sonstiger (Eigen-)Erklärungen, Nachweise, oder Unterlagen des Bieters erforderlich ist, ist ebenfalls die Textform (§ 126b BGB) zu wahren. Auch in diesem Fall erfolgt das Hochladen der elektronischen Dokumente mithilfe des Bieter-Tools der Vergabeplattform.

5. Es sollen nur die geforderten Erklärungen und Nachweise dem Angebot beigelegt werden. **Der Inhalt allgemein gültiger Firmenunterlagen, Broschüren, Mappen o. ä. wird nicht berücksichtigt.**
6. Die geforderten Eignungsnachweise beruhen im Wesentlichen auf Eigenerklärungen der Bieter. Der Auftraggeber weist daher darauf hin, dass insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Zuverlässigkeit ergänzende Nachweise und Erklärungen vom Bieter oder externen Stellen (Korruptionsregister, Gewerbezentralregister etc.) verlangt oder eingeholt werden können.
8. Der Bieter ist im Hinblick auf die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) (Anlage F) verpflichtet sicherzustellen, dass eine Übermittlung personenbezogener Daten durch den Bieter an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

Der Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Angebots damit einverstanden, dass von ihm mitgeteilte personenbezogene Daten und die vom Bieter bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens externer Dienstleister (Rechtsanwaltskanzlei, Betreiber der Vergabeplattform) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese externen Dienstleister zur Verarbeitung ausschließlich für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

9. Der Auftraggeber kann das Vergabeverfahren nach § 48 UVgO aufheben. Er behält sich insbesondere eine Aufhebung des

Vergabeverfahrens vor, wenn nach Auffassung des Auftraggebers die Angebote kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt haben.

10. Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Bieters oder Dritter werden nicht Vertragsbestandteil. **Die Einreichung von Allgemeinen Vertragsbedingungen des Bieters führen zum Ausschluss aus dem Verfahren.**

* * *